

## Lohnarbeit ein Straftatbestand?

Bezug:  
<http://heimatkunde.boell.de/2014/12/08/vom-menschenhandel-zur-arbeitsausbeutung>  
vom 08.12.2014

### ZUSAMMENFASSUNG

***In der Diskussion um die Reform des Strafrechtes zum Zweck des Schutzes vor Menschenhandel wird vorgeschlagen, den bisherigen Straftatbestand des Menschenhandels durch Trennung in die Straftatbestände des Handels und der Ausbeutung zu reformieren. Der Diskurs um den Begriff (Arbeits-)Ausbeutung ist im Strafrecht kaum geführt worden. Ein Diskurs der spätestens seit Existenz von Lohnarbeit und Kapital Potentiale hat.***

### KOMMENTAR

Ausgehend von der Tatsache geringer Verurteilungszahlen in der BRD zum Delikt des Menschenhandels (4) in die Arbeitsausbeutung (1) stellt N. Cyrus fest, dass der Diskurs um den Menschenhandel in Verbindung mit dem Begriff ‚moderne Sklaverei‘ „Für eine präzise Analyse der verschiedenen Formen von Ausbeutungsverhältnissen und der Entwicklung von Gegenmaßnahmen ... nicht geeignet ist“ (2). Bezugnehmend auf einen Vorschlag von Renzikowski (5), sieht er Chancen in einer Reform des Menschenhandelsrechtes, die den Tatbestand der Rekrutierung und Weiterleitung von Menschen gegen deren Willen (6) von konkreten Ausbeutungsformen, in die sie verbracht werden, strafrechtlich trennt, also den Straftatbestand des Handels mit Menschen - Rekrutierung / Weiterleitung gegen den Willen (6) - und den Straftatbestand der Ausbeutung - auffälliges Missverhältnis der Arbeitsbedingungen/der Bezahlung (5) - rechtlich getrennt unter Strafe stellt. Die eigenständige Fassung eines Straftatbestandes der (Arbeits-)Ausbeutung sollte dabei Bezug auf die internationalen Recht entlehnten Ausbeutungsformen (3) nehmen und würde auch den Betroffenen Schutzrechte gewähren, die nicht vom Menschenhandel im Sinne des neu zu schaffenden Tatbestandes betroffen wären.

Der Artikel stützt die Feststellung, dass der Menschenhandelsdiskurs strukturell defizitär und dysfunktional geführt wird (<http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=144414#144414>). Es mangelt (Defizit) dem Diskurs an einem gemeinsamen Verständnis dessen, was als Ausbeutung begriffen wird. Dieser Mangel wird auch nicht durch die Aufzählung der Ausbeutungsformen: Sexuelle Ausbeutung, Arbeitsausbeutung, Organhandel, Kinderhandel, Zwangsbetteln und erzwungene Begehung von Straftaten (4), wie sie im internationalen Recht vorgegeben sind, behoben. Das ermöglicht die indentierte (3) Verengung (Dysfunktion) des Menschenhandelsdiskurses zu Zwecken des repressiven staatlichen Umganges mit Migration und insbesondere mit Migration in Tätigkeiten der erotischen und sexuellen Dienstleistungen (2), deren Ergebnis zwar ein migrations- und sexarbeitsrepressives Regime, nicht jedoch ein Schutz vor Ausbeutung oder Menschenhandel in sonstige Tätigkeiten ist. Der emotionalisierte Diskurs gegen Migration und erotische und sexuelle Dienstleistungen (2) bewirkt mit der Verengung der Aufmerksamkeit auf die sogenannte Zwangsprostitution und die gleichzeitige Verdrängung der Realitäten globaler Ausbeutung, ein Migrationsregime, das die Migrantionswilligen in die Ausbeutung, Entrechtung und Armut ihrer Herkunftsländer zwingt oder deren Nutzung für prekäre Arbeit in der BRD zur Folge hat.

Ob eine Reduktion des Straftatbestandes des Menschenhandels auf die Rekrutierung und Weitergabe von Betroffenen gegen deren Willen, also auf den Akt des Handels mit Gewinnerzielungsabsicht, bei gleichzeitiger Klärung der Straftatbestände *Ausbeutung einer Tätigkeit* und *schwere, sklavereiähnliche Ausbeutung* (Organhandel, erzwungen Betteln, erzwungene Begehung von Straftaten), den Betroffenen mehr Schutz gewährt, bleibt fraglich. Mit der intentional geschürten Panik vor einer Überflutung durch sogenannte Zwangsprostituierte (Spur der 40.000, <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=142562#142562> Ulrike Hauffe, Landesfrauenbeauftragte Bremen) wurden und werden repressive Regime (Holzweg der Liberalität, Innensenator Mäurer, Bremen, Weser-Kurier, 26. Nov. 2013, S. 11), etabliert und/oder ausgebaut. „... Sachverhalte, werden durch Institutionen deklariert. Diese ‚institutionellen Tatsachen‘ klassifizieren Dinge, Sachverhalte und Menschen. Sie haben die als Status-Funktion bezeichnete Macht, Beziehungen zwischen Menschen zu regeln und ihnen Rechte und Pflichten zuzuweisen, weil und solange sie als institutionelle Tatsachen anerkannt werden.“ (S. 5 f). Es wäre ein Holzweg zu glauben, dass AmtsträgerINNEN institutionelle Macht, insbesondere instanzielle Definitionsmacht anders verfestigen werden, als dies im Sinne ihrer moralischen (U. Mäurer, <http://www.bundesrat.de/DE/gremien-konf/fachministerkonf/imk/Sitzungen/10-11-19/anlage12.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/anlage12.pdf>, S.11) und materiellen Interessen zielführend ist.

Nichtsdestotrotz, der Diskurs um den Begriff (Arbeits-)Ausbeutung im Strafrecht, ist kaum geführt worden. Ein Diskurs der seit Existenz von Lohnarbeit und Kapital Potential hat. Lohnarbeit ein Straftatbestand?

(1) Wenig Ermittlungsverfahren

„Im Februar 2005 war der Tatbestand Menschenhandel aufgrund internationaler Verpflichtungen in das deutsche Strafrecht aufgenommen worden. Erstmals wurde auch der ‚Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung‘ unter Strafe gestellt. Bald stellte sich heraus, dass die Strafverfolgungsbehörden wenige Ermittlungsverfahren einleiteten und nur in vereinzelten Ausnahmefällen eine Verurteilung wegen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung erwirkten.“ (S. 2 f)

(2) Dysfunktionaler Begriff und strukturell defizitärer Diskurs

„In den aktuellen Diskussionen wird in aller Regel von einer hohen Dunkelziffer bei **Menschenhandel** ausgegangen. Wirklich belastbare Zahlen oder methodisch systematisch ermittelte Schätzungen gibt es aber nicht (Vogel 2013). Die vorgetragenen Schätzungen mit inzwischen bis zu 30 Millionen Menschen, die weltweit von ‚moderner Sklaverei‘ betroffen sein sollen (Kara 2012), beruhen auf einem **willkürlich** und inflationär benutzen **Begriff**, der im internationalen Recht nicht verankert ist (Gallagher 2010: 177-191). ‚Moderne Sklaverei‘ eignet sich hervorragend zur **Emotionalisierung** und Mobilisierung von Aufmerksamkeit – auch für Forderungen wie die nach Kriminalisierung der Käufer kommerzieller sexueller Dienstleistungen oder der Verstärkung der Grenzsicherung. Für eine präzise Analyse der verschiedenen Formen von Ausbeutungsverhältnissen und der Entwicklung von Gegenmaßnahmen ist er aber **nicht geeignet** (O’Connell Davidson 2012, Carmi 2011, Feingold 2005).“ (S. 5)

(3) Intentionsabhängig verfolgte Ausbeutungsformen

„Als internationale und nationale Rechtsnorm ist ‚Menschenhandel‘ eine **Klassifizierung**, die inzwischen auf sehr unterschiedliche **Ausbeutungsverhältnisse** bezogen wird: Sexuelle Ausbeutung, Arbeitsausbeutung, Organhandel, Kinderhandel, Zwangsbetteln und erzwungene Begehung von Straftaten (Rama 2013). Die **statistischen Angaben** repräsentieren daher **nicht** einfach **intentionsunabhängig** bestehenden Menschenhandel, sondern informieren über die Anwendung der Rechtsnorm ‚Menschenhandel‘ auf ganz **unterschiedliche und unterschiedlich intensive Ausbeutungssituationen**. Die Diskrepanz zwischen dem vermutetem Dunkelfeld, den ermittelten Verdachtsfällen und den Verurteilungen wegen Menschenhandel verweisen auf die Schwierigkeit, die Klassifizierung in einem rechtlich korrekten Sinn anzuwenden.“ (S. 6)

(4) Tatbestand Menschenhandel

„Nach der Definition des internationalen Rechts ist der Tatbestand Menschenhandel nur dann erfüllt, wenn in einer Ausbeutungssituation drei Elemente zusammen, kumulativ festgestellt werden: eine strafbare Tathandlung (Rekrutierung), die Anwendung verbotener Tatmittel (Zwang) und die Verfolgung illegitimer Tatzwecke (Ausbeutung) (Gallagher 2010).“ (S. 6)

(5) Trennung Menschenhandel von definierter Arbeitsausbeutung

„Renzikowski schlägt eine systematische Neufassung vor: Der bisherige Tatbestand „Förderung des Menschenhandels“ (§233a) soll als neuer § 232 StGB (Menschenhandel) den „Handel“ erfassen und in den jeweils rechtssystematischen Bereichen durch Normen zu den einzelnen Ausbeutungsformen ergänzt werden. **Vorgeschlagen wird auch die Einführung eines differenzierten Tatbestands „Ausbeutung der Arbeitskraft“.** Neu eingeführt werden soll ein Tatbestand ‚Arbeitsausbeutung‘ (als § 291 StGB), wonach mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden soll, wer eine andere Person zu Bedingungen tätig werden lässt, die in einem **auffälligen Missverhältnis** zu den Bedingungen anderer Beschäftigter stehen, welche die gleiche oder eine vergleichbare Tätigkeit ausüben. Zusätzlich wird der Tatbestand „Schwere Arbeitsausbeutung“ (als § 291 a) vorgeschlagen. Danach wird mit einer Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft, wer eine andere Person unter sklavereiähnlichen Bedingungen tätig werden lässt (Renzikowski 2014: 29f).“ (S. 7 f)

(6) Neuer Tatbestand Menschenhandel: Rekrutierung und Weitergabe gegen den Willen Betroffener

„Grundsätzlich wird mit der vorgeschlagenen Neufassung des Tatbestands Menschenhandel, der sich auf die Rekrutierung und Weitergabe von Personen zur Ausbeutung gegen ihren Willen konzentriert, die Verpflichtung zur Einführung eines Straftatbestands ‚Menschenhandel‘ erfüllt.“ (S. 8 f)

Hervorhebungen K.F.